



U18²⁰¹⁴ Europawahl am 16. Mai 2014

Antworten der Parteien

auf 19 Fragen von Kindern
und Jugendlichen

**DIE EUROPAAWAHL für Kinder
und Jugendliche unter 18 Jahren**



1. Wie möchte ihre Partei zukünftig mit dem Flüchtlingsproblem in der EU umgehen?

CDU

Im Umgang mit Flüchtlingen müssen die Menschenrechte eingehalten werden. Unser Ziel ist, dass sich Flüchtlinge gar nicht erst in eine lebensbedrohliche Situation begeben. Die Asylpolitik der CDU setzt daher bei den Fluchtursachen an. Die EU muss sich dafür einsetzen, dass sich die Bedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessern. Außerdem muss die Schleuserkriminalität wirksam bekämpft werden.

CSU

Wir setzen uns für den Schutz politisch Verfolgter ein. Deutschland ist weltweit eines der führenden Aufnahmeländer von Flüchtlingen. Wir müssen in der EU aber darauf achten, dass die Asylsysteme einzelner Mitgliedstaaten nicht überfordert werden. Illegale Zuwanderung kann durch Kontrollen an den Grenzen beschränkt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE wollen, dass Flüchtlinge in Europa Schutz finden. Sie dürfen nicht zurückgewiesen werden. Wenn sie in seeuntüchtigen Booten über das Mittelmeer kommen, muss ihnen geholfen werden. Außerdem wollen wir Maßnahmen ergreifen, damit sie erst gar nicht die gefährliche Route über das Meer antreten müssen. Wenn sie in Europa angekommen sind, wollen wir, dass sie unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

SPD

Wir wollen eine Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, die Grundrechte sichert. Europa ist ein Einwanderungskontinent. Wir wollen die Möglichkeiten der legalen Zuwanderung erhalten und weiterentwickeln. Wir wollen in Fällen, in denen in einem Mitgliedsstaat das Asylsystem oder die Infrastruktur akut überlastet sind, durch einen zeitlich befristeten Mechanismus den Transfer von Flüchtlingen in einen anderen Mitgliedstaat ermöglichen.

AUF

Diese Aufgabe kann die EU nur gemeinsam regeln. Es sollte nicht sein, dass ein Land besonders viele Menschen aufnehmen muss und

andere sich drücken, sondern die EU soll entscheiden, in welchem Land der Flüchtling aufgenommen werden soll. Aufnahmerichtlinien und Bleiberecht sollen gemeinsam entschieden und die Kosten von der EU getragen werden. Hierbei müssen auch die neuen Mitgliedsstaaten in die Pflicht genommen werden.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Die meisten Flüchtlinge verlassen ihre Heimat, weil sie politisch verfolgt werden oder weil sie sehr arm sind und Hunger leiden. Im Verhältnis zu den Ländern, aus denen sie kommen, ist die EU sehr reich. Wir glauben, dass es richtig ist, dass reiche Länder arme Länder unterstützen. Die EU sollte gemeinsam den Flüchtlingen helfen, sie ohne bürokratische Hürden aufnehmen und vor Ort Hilfe leisten, damit niemand seine Heimat verlassen muss. Also Hilfe zur Selbsthilfe leisten!

FDP

Die FDP setzt sich seit langem für ein menschenwürdiges und faires Asylrecht ein. Europa muss ein sicherer Zufluchtsort für politisch Verfolgte sein. Wir fordern daher, dass Asylsuchende auf die 28 Länder der EU verteilt werden. Ihre Sprachkenntnisse und Familienbindungen sollen dabei beachtet werden.

Größere und reichere Länder würden dann entsprechend mehr Asylsuchende aufnehmen.

Piratenpartei

Das wichtigste im Umgang mit Flüchtlingen ist die bedingungslose Einhaltung der Menschenrechte, internationaler Flüchtlingskonventionen und Achtung der Menschenwürde. Die unbedingte Einhaltung der Menschenrechte gilt sowohl für die EU als auch für die Herkunftsländer, wo wir uns für nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen einsetzen wollen.

Freie Wähler

Die Ursachen für Fluchtbewegungen in die EU wollen wir dort bekämpfen, wo sie entstehen: in den Herkunftsländern. Auch fordern wir eine Stärkung der gemeinsamen Außengrenzkontrollen, um früher und besser Flüchtlingsboote zu entdecken und Unglücke auf hoher See zu verhindern. Schließlich wollen wir erreichen, dass Flüchtlinge mit echten Asylgründen auch legal einwandern können, ehe sie den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer suchen.



2. Wie wollen Sie als Partei die Einwanderung von jungen Menschen in die EU erleichtern?

CDU

Gut ausgebildete und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern sind bei uns willkommen. Bereits heute fehlen uns in einigen Branchen Fachkräfte. Dieser Mangel wird in den nächsten Jahren zunehmen. Daher werden Berufsabschlüsse aus dem Ausland leichter anerkannt. Die „Blaue Karte“ gibt Hochqualifizierten, wie zum Beispiel Ingenieuren oder IT-Spezialisten, ein Aufenthaltsrecht in Deutschland und der EU.

CSU

Wir wollen die Einwanderung von jungen Menschen ermöglichen, die beruflich gut ausgebildet sind. Dazu haben wir auf europäischer Ebene mit der Einführung der „Blue Card“ für interessierte junge Menschen außerhalb der EU einen wichtigen Schritt getan. Davon profitieren Europa und Deutschland, weil wir in einigen Bereichen zusätzliche Fachkräfte benötigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE fordern für junge Menschen, die auf der Suche nach einer Ausbildung oder einem würdigen Leben sind, eine legale Möglichkeit nach Europa einzuwandern. Dabei müssen die Rechte und Bedürfnisse dieser Menschen, die Interessen der EU-Länder und die Ansprüche der Herkunftsländer berücksichtigt werden. Zum Beispiel dürfen nicht alle Ärztinnen und Ärzte oder andere gut Ausgebildete, die wichtig für die gute Entwicklung ihrer Heimatländer sind, auswandern.

SPD

Europa ist ein Einwanderungskontinent. Auch als Schlussfolgerung aus den jüngsten Flüchtlingstragödien befürworten wir, mehr Möglichkeiten für legale Zuwanderung nach Europa zu schaffen. Besonders jungen Menschen sollten auf diese Weise Perspektiven geboten werden.

FDP

Die FDP hat sich ein freiwilliges Modell für ein modernes EU-Zuwanderungssystem überlegt. Wir wollen eine Zuwanderungspolitik, ähnlich wie es die Kanadier mit ihrem Punktesystem machen. Dafür spielen die Qualifikationen, das Alter und Sprachkenntnisse eine Rolle. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung von talentierten jungen Menschen.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Die bürokratischen und oft unmenschlichen Hürden bei der Einwanderung müssen abgebaut werden. Die Europäische Union muss weltoffener werden. Sie muss durch ihre Politik deutlich machen, dass bei uns alle Menschen willkommen sind – vor allem diejenigen, die unsere Hilfe brauchen. Zur Integration müssen alle Seiten beitragen, die jungen Einwanderer, indem sie sich in die jeweilige Gesellschaft integrieren, die EU, indem sie ihnen bei der Arbeits- und Wohnungssuche hilft, Sprachkurse anbietet usw.

AUF

Wir haben in der EU eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit. Diese beträgt im Durchschnitt 23,5%. In manchen EU-Ländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 50% und darüber. Solange es innerhalb der EU eine so hohe Jugendarbeitslosigkeit gibt, sollte die EU alles daran setzen, dass die EU-Jugendlichen Arbeit in der EU finden.

Solange dieser Missstand nicht beseitigt ist, brauchen wir keine erleichterten Bedingungen.

Piratenpartei

Wir fordern ein Ende der Abschottungspolitik der EU. Dazu gehört die Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX, deren menschenverachtende Praktiken zum Beispiel zu den immer wiederkehrenden Katastrophen im Mittelmeer und speziell vor Lampedusa geführt haben.

Freie Wähler

Europa wird aufgrund des demographischen Wandels in fast allen Mitgliedsstaaten zunehmend auf Fachkräfte aus aller Welt angewiesen sein. Die EU muss daher als Zielland von Migrantinnen attraktiver werden. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass im Ausland erworbene Qualifikationen innerhalb der EU besser anerkannt werden, damit eingewanderte Menschen auch in ihren erlernten Berufen arbeiten können.



3. Befürwortet ihre Partei gemeinschaftliche Schulden in der EU?

CDU

Nein! Jeder Staat ist für seine Schulden selbst verantwortlich. Schließlich entscheidet jeder Staat selbst, wie viel Geld er ausgibt und wofür er es ausgibt. Wenn die einen Staaten für die Schulden der anderen gerade stehen müssten, wäre das ungerecht.

CSU

Nein, wir lehnen Eurobonds und die Vergemeinschaftung von Schulden in Europa entschieden ab. Europa muss eine Stabilitätsunion bleiben und darf keine Schuldenunion werden. Einen stabilen Euro kann es dauerhaft nur geben, wenn alle Länder auf solide Staatsfinanzen achten. Deshalb muss jedes Land für seine Schulden selbst verantwortlich sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die hohen Staats- und Bankenschulden wollen wir nachhaltig abbauen. Damit das nicht nur durch die SteuerzahlerInnen geschieht, müssen auch Banken und Staaten in die Verantwortung genommen werden. Wir treten dafür ein, in den Krisenländern die finanzielle Belastung durch Zinszahlungen zu senken, damit sie ihre Schulden abtragen können. Gleichzeitig fordern wir weitere Reformen in den Krisenländern ein, denn unausgewogene Steuersysteme und Günstlingswirtschaft haben die Krise mit verschärft.

SPD

Die Staaten der Eurozone haben eine gemeinsame Verantwortung für die gemeinsame Währung. Für Instrumente zu einer begrenzten gemeinsamen Haftung für die Schulden in der Eurozone wie etwa einen Schuldentilgungsfonds oder Eurobonds gibt es allerdings derzeit keine politischen Mehrheiten. Dies ist daher auf absehbare Zeit kein Thema, das zur politischen Entscheidung ansteht.

AUF

Nein. Gemeinschaftliche Schulden sind eine Einladung für Misswirtschaft.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Eigentlich sollte jedes Land für seine eigenen Schulden verantwortlich sein. Es kann aber Krisen geben, die nur gemeinsam zu bewältigen sind, wie z. B. die derzeitige Euro-Krise. Jetzt muss die EU zusammenhalten und den Ländern unter die Arme greifen, die ihre Schulden nicht mehr allein zurückzahlen können. Kein Staat in der EU sollte aber für immer und ewig auf Kosten der Nachbarländer eine unverantwortliche Schuldenpolitik betreiben. Wir müssen jetzt die Krise bewältigen und danach sparsamer haushalten.

FDP

Nein. Handeln und Haften gehören zusammen. Parlamente entscheiden, wie viel und wofür ein Staat Geld ausgibt und wie viel Schulden er dafür machen darf. Die Parlamente in der EU können sich aber nicht gegenseitig kontrollieren bzw. mitentscheiden, wie viel Schulden ein anderer Mitgliedstaat machen darf. Wir wollen nicht, dass ein Land für die Schulden eines anderen haftet, ohne bei den Ausgaben ein Mitspracherecht zu haben.

Piratenpartei

Die Europäische Union kann ohne Solidarität nicht bestehen. Gemeinschaftliche Schulden sind hierbei eine Möglichkeit diese Solidarität zu leben.

Freie Wähler

Wir treten für die strikte Durchsetzung und Einhaltung der Europäischen Verträge ein. Hierzu zählt insbesondere die Ablehnung der Vergemeinschaftung der Schulden von Mitgliedsländern. Vereinbarungen wie durch den ESM-Vertrag, die jenseits der Europäischen Verträge getroffen werden, um hier einzelne Bestimmungen außer Kraft zu setzen, lehnen wir ab.



4. Wie will ihre Partei verhindern, dass weitere EU-Staaten Pleite gehen?

CDU

Wir brauchen eine solide Haushaltspolitik und notwendige Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Alle Euro-Staaten müssen ihre Hausaufgaben machen, um die wirtschaftliche Krise zu überwinden. Nur so kann die dauerhafte Stabilisierung der Eurozone gelingen.

CSU

Ein wichtiger Schritt ist der Abbau des zu hohen Schuldenstandes vieler Euro-Staaten. Bayern beweist, dass der Abbau von Staatsschulden möglich ist. Deswegen hat sich die CSU erfolgreich für eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild eingesetzt. Damit die gemeinsamen Regeln von allen Eurostaaten eingehalten werden, braucht es auch wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bisher ist noch kein EU-Land Pleite gegangen. Wir haben als Gemeinschaft im Euroraum dafür gesorgt, dass sich die Krisenstaaten weiterhin Geld leihen konnten. Aber die Schulden vieler Staaten sind zu hoch. Zum Beispiel liegt der Anteil der Schulden an der griechischen Gesamtproduktion bei 175% – das heißt, dass Griechenland fast doppelt so viele Schulden hat, wie der Wert seiner Produktion in einem Jahr. Wir müssen gemeinsam in der EU dafür eintreten, dass die Schulden sinken, ohne, dass das Land – auch auf Kosten der zukünftigen Generationen – kaputt gespart wird.

SPD

Europa muss eine solidarische, gemeinsame Antwort auf die Krise geben, die sich nicht in einseitiger Sparpolitik erschöpfen darf. Es ist ein breiter politischer Ansatz erforderlich, der neben Sparmaßnahmen auch striktere Regeln für die Banken und Finanzmärkte und deutlich stärkere gemeinsame europäische Impulse für Wachstum und Beschäftigung sowie eine stärkere soziale Dimension der EU einschließen muss.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Zunächst einmal: Ganz und gar pleite gegangen ist ja bisher noch kein Staat, und das ist gut so. In erster Linie ist es notwendig, dass alle Länder in der EU ihre Schuldenpolitik in den Griff bekommen. Das heißt: Weniger Geld für unsinnige Dinge ausgeben, z. B. für Kriegsschiffe, Panzer und Kampfflugzeuge. Wichtig ist auch, dass die EU die Banken schärfer kontrolliert, die für die derzeitige Krise mitverantwortlich sind, weil sie das Geld ihrer Kunden (auch Staaten sind ihre Kunden) an der Börse verloren haben.

AUF

Wir wollen, dass die Länder wieder eigene Währungen bekommen. So können sie ihre Probleme leichter selbst lösen, indem sie ihre Währung „abwerten“. Das bedeutet, dass ihre Währung zwar im Vergleich zu den anderen weniger wert ist, aber innerhalb ihres eigenen Landes bleiben die Preise einigermaßen stabil. So können sie auch ihre Waren leichter in den anderen Ländern verkaufen.

FDP

Wir setzen auf eine solide Haushaltspolitik und darauf, dass Banken nicht mehr durch Steuergelder gerettet werden. Denn sowohl eine hohe Staatsverschuldung als auch eine kostspielige Bankenrettung können Staaten in die Pleite treiben. Niedrige Schuldenstände und Banken, die für ihre eigenen Verluste aufkommen, sind der beste Garant, Staatspleiten zu verhindern.

Piratenpartei

Staaten können im Gegensatz zu Banken nicht Pleite gehen. Um den jungen Menschen in Europa eine gerechte Chance zu geben, fordern wir in den betroffenen Ländern eine kurzfristige Durchführung einmaliger Schuldenschnitte. Künftige Schuldenberge sollen durch einen besser funktionierenden Aufsichtsmechanismus verhindert werden. Künftig müssen auch echte Insolvenzen von Banken, die sich selbst heruntergewirtschaftet haben, möglich sein.

Freie Wähler

Derzeit können Staaten gar nicht Pleite gehen. Hochverschuldete Staaten wie zum Beispiel Griechenland müssen zunächst selbst das Defizit ihrer öffentlichen Haushalte abbauen, und zwar durch konsequente Erhebung und Einziehung von Steuern und ein Ausgabeverhalten, das sich an den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes orientiert. Außerdem sollten diese Staaten die Möglichkeit erhalten, eine Parallelwährung einzuführen. Dadurch können sie wieder selbständig einen Wechselkurs bestimmen, der der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht.



5. Will ihre Partei die ärmeren EU-Länder, wie Spanien, Griechenland in Europa unterstützen und wie?

CDU

Die CDU wird auch weiterhin dafür kämpfen, aus Europa eine Stabilitätsunion zu machen. Unser Konzept heißt „Hilfe zur Selbsthilfe“: Unterstützung gibt es nur, wenn die betroffenen Staaten Strukturreformen durchführen und ihre Finanzen in Ordnung bringen. Das Konzept funktioniert und es gibt bereits spürbare Erfolge: Irland und Spanien können die Früchte ihres Reformkurses ernten. Auch in Portugal, Zypern und Griechenland gibt es erkennbare Fortschritte.

CSU

Krisenstaaten sollen finanzielle Hilfen bekommen können. Vor allem wollen wir die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa bekämpfen. Die ärmeren Staaten müssen aber die Ursachen für die Krisen beseitigen, damit sie nicht dauerhaft auf Hilfe angewiesen sind. Wir wollen Hilfen deshalb nur gegen Auflagen und Reformen gewähren. Dieser Kurs hat sich bewährt und die Situation in Europa bessert sich inzwischen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE setzen uns für ein neues ökologisches Wirtschaftskonzept, den „Green New Deal“, ein. Damit wollen wir – auch in den ärmeren Ländern – das Wirtschaften umweltverträglicher und nachhaltiger machen. Dafür wollen wir Geld in erneuerbare Energien und Klimaschutz stecken. So entstehen in diesen Bereichen neue Jobs und eine gute Perspektive für die Zukunft. Es gibt in Spanien und Griechenland beispielsweise günstige Voraussetzungen, um Solar- und Windenergie deutlich stärker zu fördern.

SPD

Wenn Europa handlungsfähig bleiben und in der Krise nicht auseinanderdriften will, muss es sich darauf zurückbesinnen, was die europäische Einigung auszeichnet: Zusammenarbeit, Respekt, Transparenz und Solidarität. Vor allem ist es jetzt in den kommenden Jahren erforderlich, dass Europa eine starke Agenda für Wachstum, Investitionen und Beschäftigung vereinbart, die insbesondere den Krisenländern helfen muss, wieder auf die Beine zu kommen.

AUF

Wie bereits beim Thema Zuwanderung in die EU erwähnt, ist gerade den genannten Ländern besonders geholfen, wenn ihre Jugendlichen in den wirtschaftlich stärkeren Ländern eine Ausbildung bekommen und Arbeit finden. So kann z. B. eine Unterstützung aussehen, die auf Dauer angelegt ist.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Ja, unsere Partei will, dass ärmere Länder unterstützt werden, in denen auch meist große Arbeitslosigkeit herrscht. Die EU und die betroffenen Länder selbst müssen Geld bereitstellen und Aufbauprogramme starten, damit die Menschen wieder Arbeit finden. Gleichzeitig muss die EU kontrollieren, dass die armen Länder ihr Geld auch nur für sinnvolle Projekte ausgeben, die auch wirklich den Menschen zugute kommen. Sie können durch ihre Ausgabenpolitik selbst mithelfen, dass z. B. neue Arbeitsplätze entstehen.

FDP

Ja. Wir setzen auf die Verbindung von Solidarität und Solidität. Wir haben schon in der schwarz-gelben Bundesregierung mit beschlossen, dass ärmere Länder Hilfgelder aus den EU-Rettungsschirmen bekommen. Im Gegenzug haben sich diese Länder verpflichtet, ihre Volkswirtschaften zu modernisieren. Das führt dazu, wie man schon in Irland und Spanien beobachten kann, dass es in diesen Ländern wieder langsam bergauf geht. Auch in Griechenland verbessert sich die Lage langsam.

Piratenpartei

Um unseren europäischen Nachbarstaaten zu helfen fordern wir einen „Marshall-Plan für Europa“ – ein Aufbau- und Investitionsprogramm, das sowohl kurzfristig der Wirtschaft auf die Beine hilft als sie auch langfristig wieder alleine stabil zu machen. Damit möchten wir auch die Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern bekämpfen.

Freie Wähler

Milliardenhilfen für Zinszahlungen auf Altschulden helfen niemandem. Der Entschuldung dient es, wenn Länder in existenziellen wirtschaftlichen Nöten für einen begrenzten Zeitraum, z. B. 10 Jahre, keine Zinsen auf die Schulden zahlen müssten, dafür aber jährlich 5 % Tilgung leisten. Dann wäre nach 10 J. die Staatsschuld halbiert, es müssten sich durch den Zinsverzicht alle Gläubiger an der Sanierung beteiligen, anstatt im Einzelnen einen Verzicht zu fordern. Außerdem verlangen wir die Förderung wettbewerbsfähiger wirtschaftlicher Strukturen durch gezielte Entwicklungsmaßnahmen, etwa bei Tourismus, Landwirtschaft und Betrieben mit hohem Personalkostenanteil.



6. Wie möchte ihre Partei die zukünftige Klimapolitik in der EU gestalten?

CDU

Wir wollen, dass Europa beim weltweiten Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangeht. Wir wollen klimaschädliche Treibhausgase europaweit bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 verringern. Gleichzeitig wollen wir die erneuerbaren Energien in ganz Europa ausbauen und die Energieeffizienz steigern.

CSU

Die Europäische Union nimmt eine Vorreiterrolle in der weltweiten Umwelt- und Klimaschutzpolitik ein. Deshalb legt die CSU Wert darauf, an den für das Jahr 2020 vereinbarten Umwelt- und Klimazielen festzuhalten. Auch für die Zeit nach 2020 wollen wir uns hohe Ziele stecken: Hier setzt sich die CSU für eine Verringerung der klimaschädlichen Treibhausgase um mindestens 40 Prozent bis 2030 ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimaschutz ist für uns die zentrale Aufgabe. Deshalb wollen wir eine ehrgeizige Klimapolitik, die sich an den wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. So können wir die Klimakatastrophe verhindern und unsere Planeten lebenswert erhalten. Diese Politik muss aber auch gerecht sein, damit nicht die Menschen in Entwicklungsländern oder zukünftige Generationen die Rechnung für unser Wirtschaften zahlen müssen. Eine saubere, klimafreundliche Zukunft birgt auch Chancen für neue Technologien und Arbeitsplätze.

SPD

Wir treten für eine ambitionierte Umwelt- und Energiepolitik der EU ein, die Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht als Gegensätze begreift. Wir wollen, dass Europa Vorreiter für ein neues Bündnis von Umwelt, Wirtschaft und Arbeit ist. Wir wollen verbindliche, ehrgeizige Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz in Europa.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Wir nehmen die Klimapolitik sehr ernst, denn wir stehen kurz vor einer globalen Klimakatastrophe, die viel Unheil für Mensch, Tier und Natur bringen wird. Deshalb ist es wichtig, jetzt alles zu tun, um die Erderwärmung wenigstens etwas abzumildern. Vor allem müssen die riesigen „Nutztier“-Bestände massiv verkleinert werden, da die Methangas-Ausdünstungen der Tiere der Klima-Killer Nr. 1 ist. Wir müssen auch weg von Kohle und Erdöl und eine klimafreundliche Energieversorgung anstreben: Sonne, Wind, Erdwärme.

AUF

Die Klimapolitik muss mit Weitsicht betrieben werden. Ständige Schnellschüsse und Panikmache sind hier keine guten Berater.

FDP

In der EU gibt es schon viel Einsatz für den Klimaschutz. Zum Beispiel durch die Unterstützung von technischen Erfindungen, die allen helfen, mehr Energie zu sparen. Manchmal sind EU-Regeln aber gut gemeint und schlecht gemacht. Die FDP will unsere Umwelt auf kluge Weise schützen – mit möglichst wenigen Verboten. Stattdessen will sie allen Bürgern helfen, gute Entscheidungen zu treffen, um das Klima wirksam zu schützen.

Freie Wähler

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die klimaschädlichen Treibhausgase in der EU um 30% gegenüber dem Jahr 1990 verringert werden. Unternehmen, die das Klima verpesten, sollten endlich einen angemessenen Preis für jede von ihnen ausgestoßene Tonne CO₂ bezahlen. Des Weiteren wollen wir verbindliche Ziele für einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien sowie verstärkte Maßnahmen für mehr Einsparung von Energie.

Piratenpartei

Wir finden, die Klimaziele der EU reichen nicht aus. Der Ausstoß von Treibhausgasen (z. B. CO₂) muss noch weiter verringert werden, die Energieeffizienz gesteigert und das Emissionshandelssystem verbessert werden. Außerdem sollen nur noch die erneuerbaren Energien von der EU gefördert werden, nicht wie bisher auch Kohle und Atomenergie. Wir möchten, dass bis 2030 mindestens 40 % weniger Treibhausgase als noch 1990 ausgestoßen werden.



7. Wird es mit ihrer Partei einen Mindestanteil erneuerbarer Energien in jedem Mitgliedsstaat der EU geben?

CDU

Wir setzen uns dafür ein, bis zum Jahr 2020 in Europa einen Anteil der erneuerbaren Energien von 20 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen. In Deutschland haben wir verbindlich festgelegt, dass wir 40 bis 45 Prozent erneuerbare Energien im Jahr 2025 und 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035 erreichen wollen. Auch in Europa setzen wir uns für den Ausbau der erneuerbaren Energien über das Jahr 2020 hinaus ein.

CSU

Um die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen, muss der Ausbau der erneuerbaren Energien mit Augenmaß vorangetrieben werden. Zwingende Vorgaben durch Brüssel für die Mitgliedstaaten wollen wir aber nicht. Hier sind die nationalen Gesetzgeber gefragt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auf jeden Fall! Erneuerbare Energien wie Wind und Sonne sind wichtig für eine saubere Energieversorgung. Für 2020 haben wir bereits verbindliche Ziele für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union festgelegt. Sie haben zu einer positiven Entwicklung in fast allen Ländern der EU geführt. An diesen Erfolg müssen wir anknüpfen, damit wir in Zukunft ganz auf gefährliche Atomkraft und dreckige Kohle verzichten können. Deshalb brauchen wir auch in der Zukunft verlässliche Ziele, die wir erreichen wollen.

SPD

Die Europäische Union soll höhere Ziele für den Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch setzen. Wir sind für ambitionierte, verbindliche Ziele der EU für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Nur so kann Europa beim Klimaschutz vorangehen. Außerdem können die erneuerbaren Energien Technologietreiber sein und Europas Innovationskraft in einem wichtigen Zukunftsfeld stärken.

AUF

Erneuerbare Energien sind uns sehr wichtig. Die EU, sowie jedes einzelne Mitgliedsland, müssen so schnell wie möglich unabhängig werden.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Ja, denn wir sind davon überzeugt, dass die Erde nur überleben kann, wenn konsequent die erneuerbaren Energien gefördert werden. Alle EU-Länder sollten sich schnellstmöglich dafür entscheiden, von der risikoreichen Atomenergie sowie der schädlichen Braunkohle loszukommen und auf Solarenergie, Windenergie und auf die Energiegewinnung aus Erdwärme setzen. Das Ziel muss sein, dass wir unseren Energiebedarf eines Tages ganz aus erneuerbaren und sauberer Energiegewinnung decken.

FDP

Nein. Die EU hat schon ein Klimaziel zur Reduzierung von CO₂-Gasen bis zum Jahr 2020. Noch weitere Ziele können das Erreichen dieses ersten Ziels behindern. Wenn man mehrere Zielvorgaben hat, geraten diese auch leicht miteinander in Konflikt. Das hilft der Umwelt nicht und verursacht gleichzeitig unnötige Extrakosten für die Verbraucher.

Energie darf weder die EU noch ihre Mitgliedsstaaten erpressbar machen.

Piratenpartei

Mindestanteile bergen die Gefahr, dass man sich auf den Lorbeeren ausruht, sobald sie erreicht sind. Oder es werden die momentan billigsten und am wenigsten umweltfreundlichen Verfahren gewählt, die die Mindestanforderung erfüllen. So erlaubt die EU Biomasse anteilig zu verrechnen. Landwirtschaft soll aber Essen produzieren, nicht Spirit. Mindestquoten sind besser als nichts, die Forschungen nach besseren Lösungen voranzutreiben ist besser.

Freie Wähler

Ein EU-weites Ziel beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist richtig und wichtig. Je nachdem, wie weit dieser Ausbau in den Mitgliedsstaaten bereits ist, müssen für jedes einzelne Land entsprechende Ausbauziele festgelegt werden. Einen Umstieg auf erneuerbare Energien brauchen wir nicht nur wegen des Klimaschutzes, sondern weil Kohle, Öl und Gas zur Neige gehen und immer teurer werden.



8. Sollte die EU ihrer Partei nach aus der Atomenergie aussteigen?

CDU

In Deutschland haben wir uns für einen Ausstieg aus der Kernenergie bis spätestens zum Jahr 2022 entschieden. Auch innerhalb der Europäischen Union werben wir für die Energiewende. Allerdings ist jedes Land frei in der Gestaltung seines Energiemixes. Eine Förderung der Kernenergie lehnen wir jedoch ab.

CSU

Ja. Für die CSU ist der Atomausstieg in Deutschland bis 2022 ein unumkehrbares Ziel. Da die Risiken der Atomkraftnutzung nicht an Grenzen halt machen, werben wir auch bei unseren europäischen Nachbarn für die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien.

SPD

Atomkraft soll nicht weiter ein wichtiger Bestandteil der Energieversorgung sein. Deutschland setzt den Atomausstieg erfolgreich um. Statt Atomkraft unterstützen wir Investitionen in erneuerbare Energien in Europa.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja, wir GRÜNE fordern einen europäischen Atomausstieg. Die gefährliche atomare Strahlung macht an der Grenze nicht halt. Die Atomkatastrophe von Fukushima hat uns erneut die Gefahren der Atomenergie vor Augen geführt. Dieses Risiko dürfen wir nicht weiter eingehen. Noch dazu ist weiterhin ungeklärt, was mit dem ganzen Atommüll passieren soll. Es gibt genügend sichere und saubere Alternativen, die oftmals günstiger sind als neue Atomkraftwerke. Deshalb bleiben wir dabei: Atomkraft? Nein danke!

AUF

Einen besonnenen und gut organisierten Ausstieg aus der Nutzung von Kernenergie halten wir für sinnvoll, aber

- es muss weiter genügend Energie zur Verfügung stehen.
- Energie muss bezahlbar bleiben.
- es ergibt keinen Sinn, bei uns Kernkraftwerke mit hohen Sicherheitsstandards abzuschalten und dann die fehlende Energie aus Nachbarstaaten zu beziehen, bei denen die Sicherheit nicht so groß geschrieben wird wie in Deutschland.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Ja, und nicht nur die EU! Nach den Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima ist es unverantwortlich, weiter Atomenergie zu nutzen oder sogar noch neue Atom-Meiler zu bauen, wie es einige Länder beabsichtigen. Dies ist besonders verantwortungslos, weil es keine sicheren Möglichkeiten der „Entsorgung“ gibt. Atomenergie ist, wenn man die Kosten für den Abbau der Kraftwerke und die Endlagerung des Atommülls einrechnet, extrem teuer; aber davon spricht kaum ein Politiker. Wir sagen: Atomenergie – nicht mit uns!

FDP

Die Mitgliedstaaten entscheiden alleine über ihre Energieversorgung – die EU hat dort nichts zu sagen. Viele Länder holen sich den Strom für ihre Bürger aus verschiedenen Quellen: Kohle, Gas, Erdöl, Wind, Wasser, Sonne. Auch die Atomenergie ist oft noch ein Teil dieser nationalen Mischung. Die FDP glaubt nicht, dass sich alle bald darauf einigen, auf Atomstrom zu verzichten. Deshalb setzen wir uns besonders für die Sicherheit der bestehenden Kernkraftwerke ein.

Piratenpartei

Ja, so schnell wie möglich. Schneller als es zum Beispiel die Laufzeitgarantien in Deutschland vorsehen.

Freie Wähler

Wir werden uns massiv für einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Die EU kann einzelnen Staaten aber derzeit die Nutzung der Atomenergie nicht verbieten. Es muss aber endlich Schluss gemacht werden mit EU-Subventionen zugunsten der Atomenergie auf Kosten der Steuerzahler. Würde man für Atomkraftwerke eine angemessene Haftpflichtversicherung vorschreiben, wären alle erneuerbaren Energien schlagartig billiger als Atomenergie.



9. Wie wichtig sind ihrer Partei gleiche Standards mit einer Fischfangquote, in der Tierhaltung und zu Tierversuchen in der EU?

CDU
Ja, die CDU will hohe einheitliche Tierschutzstandards in der EU. Tiere sind unsere Mitgeschöpfe und deshalb müssen wir gut mit ihnen umgehen. Das gilt in Deutschland wie auch in ganz Europa. Jedes Land, das Mitglied in der EU sein will, muss sich zu ethischen Werten bekennen – und das heißt auch zu hohen Standards im Tierschutz. Der Tierschutz ist im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgeschrieben.

CSU
Artgerechte Tierhaltung und ein hohes vergleichbares Tierschutz-Niveau sind für die CSU sehr wichtig. Gleiche Standards in der EU sind dafür entscheidend. Auf einem gemeinsamen Markt müssen auch die gleichen Regeln und Vorschriften gelten, um gleichwertige Ausgangsbedingungen zu schaffen. Einen gesunden Fischbestand in Europas Meeren wollen wir durch die Festlegung von Fangquoten sichern.

SPD
Zu viele europäische Fischbestände sind immer noch überfischt. In diesen Fällen ist eine Absenkung der Fangquoten auf ein nachhaltiges Niveau unumgänglich. Langfristig werden die Fischbestände dann wieder auf ein gesundes Niveau artgerechte Tierhaltung mit hohen Standards für den Tierschutz.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Für uns GRÜNE ist das Wohlergehen der Tiere sehr wichtig. Die EU hat erstmals Regeln festgelegt, die helfen sollen, die Überfischung zu beenden und den Rückwurf von Beifang zu stoppen. Das finden wir gut. Auch andere Tiere wollen wir besser schützen. Deshalb fordern wir ein Tierschutzrahmengesetz, das Basisstandards festsetzt. Die langen Transportzeiten für Tiere sind katastrophal. Außerdem wollen wir Tierversuche durch andere Methoden ersetzen. Hier brauchen wir Veränderung.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
Durch eine europäische Fischfangquote wird verhindert, dass unsere Meere nicht total leer gefischt werden. Durch verbindliche Standards bei der Tierhaltung ist sichergestellt, dass die Tiere nicht so schlecht und tierquälerisch gehalten werden wie früher. Tierversuche dienen nicht der menschlichen Gesundheit und die Standards sind nicht tierfreundlich. Außerdem steigen die Tierversuchszahlen immer weiter an! Wir sagen: Tierversuche sind Tierquälei und gehören abgeschafft!

AUF
Sowohl bei der Nutzung der Fischbestände als Lebensmittel als auch beim Tierschutz haben wir den Auftrag, verantwortungsvoll umzugehen.
In unseren Augen ist der Mensch nicht Herrscher über die Schöpfung, sondern Verwalter. Der Verwalter hat die Aufgabe, das ihm Anvertraute zu hegen, zu pflegen und zu erhalten. Als Verwalter sind wir unserem Schöpfer rechenschaftspflichtig. Der Herrscher hingegen ist niemandem Rechenschaft schuldig.

FDP
Ziele europaweit zu verfolgen ist hier sehr wichtig. Die in der Fischereireform vorgeschriebene nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände muss in der ganzen EU umgesetzt werden. Die EU muss wirksam kontrollieren, dass sich auch alle Mitgliedsländer daran halten. Ähnliches gilt für Tierschutz und Tierversuche. Nur wenn sich alle Mitglieder an die Regeln halten, sind sie in Europa wirksam.

Piratenpartei
Wir sind für gemeinsame Standards. Dabei ist uns besonders wichtig, dass sie hoch sind und dass man sich nicht am kleinsten Nenner orientiert.

Freie Wähler
Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die Meere schonender bewirtschaftet werden. Dazu ist eine Reduzierung der Fischfangquote notwendig. Die Haltungsbedingungen der Tiere müssen in ganz Europa einheitlich sein, das Wohl der Tiere steht im Vordergrund. Die deutschen Regelungen können hier als Vorbild gesehen werden. Tierversuche dürfen nur in Bereichen erlaubt werden, wo sie dringend notwendig sind. Das ist zum Beispiel in der Medizin der Fall. Wir FREIEN WÄHLER unterstützen jegliche Art von Forschung, die unnötiges Leiden von Tieren verhindern kann.



10. Wo sieht ihre Partei die EU in 10 Jahren?

CDU

Wir wollen, dass alle Menschen in der EU in zehn Jahren noch bessere Zukunftschancen haben als heute. Überall sollen junge Menschen einen Ausbildungsplatz finden können.

Wir wollen, dass die EU-Länder dann keine neuen Schulden mehr machen. In zehn Jahren wird es den Euro in den allermeisten EU-Ländern geben. Die EU soll im weltweiten Wettbewerb mit Ländern wie den USA, China und Indien wirtschaftlich gut mithalten.

CSU

Wir wollen die europäische Integration, aber wir wollen keinen Bundesstaat Europa. Das Europa der Zukunft braucht auch künftig starke und eigenständige Regionen. Wir wollen ein demokratischeres, bürgernäheres und transparenteres Europa.

SPD

Wir wollen in 10 Jahren sagen können: Wir haben Europa zu einem dynamischen Wirtschaftsstandort gemacht, basierend auf Innovation, guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit. Wir haben die Finanzwirtschaft so reguliert, dass die Steuerzahler nicht wieder für die Fehler von Spekulanten haften müssen. Wir haben die Demokratie in Europa gestärkt. Vor allem aber möchten wir sagen können: Wir haben es endlich geschafft, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa deutlich zu reduzieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir wollen, dass Europa zusammen wächst, denn die großen Zukunftsaufgaben, wie den Klimawandel, kann die EU nur gemeinsam bewältigen. Wir wollen die EU ökologisch nachhaltiger, sozial gerechter und demokratischer machen. Wir glauben an die EU und wollen Europa besser machen. Wir dürfen nicht in den alten Nationalismus zurückfallen. Vielmehr brauchen wir ein demokratisches Europa, das Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger trifft. Dafür wollen wir das Europäische Parlament stärken, das als einzige EU-Institution direkt gewählt wird und die Menschen vertritt.

AUF

Die EU der Zukunft sollte eine Union der Nationalstaaten sein, eine Union der Vaterländer.

In der EU sollte das Subsidiaritätsprinzip gelten, also der Grundsatz, dass Entscheidungen immer auf der kleinstmöglichen Ebene getroffen und nicht „von oben durchgedrückt“ werden.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Die EU wird sich vergrößern. Serbien, Montenegro, Albanien und die Türkei werden aller Wahrscheinlichkeit nach Mitgliedstaaten in der EU sein. Über die „Euro-Krise“ wird niemand mehr reden, da sie durch Sparmaßnahmen in den betroffenen Ländern überstanden ist. Die Kompetenzen der EU gegenüber ihren Mitgliedstaaten werden erweitert sein – vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Völker Europas werden weiter zusammenwachsen und Europa wird eine Region des Friedens.

FDP

Die FDP sieht die EU in 10 Jahren als starke Stimme in der Welt, die sich weiterhin für Frieden und Wohlstand einsetzt. Wenn die Menschen überzeugt sind, dass es ihnen eine bessere Zukunft bringt, ist Europa auf dem richtigen Weg. Unser Ziel für die Zukunft ist: Europa soll ein Kontinent der Chancen werden! Wir wollen mehr Gestaltungsfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger in Europa gewinnen – gerade auch für die vielen jungen Menschen, die nach Arbeit und Ausbildung suchen.

Aufgaben, die sinnvollerweise von der EU geregelt werden sollten, sind z. B. Flüchtlings- und Asylpolitik, Steuergesetzgebung, Verteidigungs- und Energiepolitik sowie Entwicklungshilfe.

Piratenpartei

Wir möchten in Zukunft ein Europa, das von den Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. Langfristig sehen wir die Chance, dass Europa als ein demokratischer Bundesstaat mit eigener Verfassung gestaltet wird, die in einem direktdemokratischen Prozess mit breiter Mehrheit aller Europäer entworfen und in Referenden der Mitgliedsländer angenommen wird. Kurzfristig möchten wir das Europaparlament stärken, um das demokratische Defizit der EU zu bekämpfen.

Freie Wähler

Die EU muss dringend reformiert werden. Sie ist für uns FREIE WÄHLER eine Erfolgsgeschichte, die nur fortgeschrieben werden kann, wenn Brüssel Lösungen für die großen weltpolitischen und europapolitischen Fragen anbieten kann. Wir brauchen insbesondere transparentere, für die Bürger verständlichere und demokratischere Entscheidungen. Allerdings glauben wir nicht, dass sich die Gestalt Europas in den nächsten 10 Jahren großartig verändern kann.



11. Wie steht ihre Partei zur Erweiterung der EU durch die Türkei und Island?

CDU

Island würden wir in der EU willkommen heißen, denn es ist ein vorbildlich demokratisches Land. Island hat sich jedoch entschieden, erst einmal nicht weiter mit der EU über einen Beitritt zu verhandeln. Die Türkei ist sehr wichtig für Deutschland und Europa. Wir wollen daher mit der Türkei eng zusammenarbeiten. Wir sind jedoch gegen eine Vollmitgliedschaft in der EU, weil die Türkei die Voraussetzungen nicht erfüllt. Dies gilt zum Beispiel für die Religionsfreiheit.

CSU

Wir wollen für die Türkei eine Privilegierte Partnerschaft mit der EU. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU lehnen wir ab.

SPD

Wir unterstützen eine Beitrittsperspektive der Türkei. Es ist aber klar, dass die Türkei noch große Fortschritte bei der Meinungsfreiheit, den Minderheitenrechten, dem Umgang mit der demokratischen Opposition, der Justiz und dem Rechtsstaat machen muss. Island ist Gründungsmitglied der NATO, arbeitet mit uns im Polizei- und Justizbereich zusammen und kann Motor für ein soziales Europa werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Generell befürworten wir eine Erweiterung der EU. Konkret sprechen wir uns für eine Mitgliedschaft Islands in der EU aus. Es ist schade, dass von dort derzeit wieder Signale gegen einen Beitritt gesendet werden. Die Türkei erfüllt derzeit die Voraussetzungen für einen Beitritt eindeutig nicht, wie u. a. das Vorgehen gegen die Demonstrantinnen im Istanbuler Gezi-Park und das Twitter-Verbot deutlich machen. Eine demokratische und weltoffene Türkei wäre jedoch eine Bereicherung der EU. Wir sprechen uns daher für faire und transparente Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel eines Beitritts aus.

FDP

Keinem Nachbarn, der unsere Werte teilt, werden wir die Tür zuschlagen, das gilt auch für die Türkei und Island. Dazu müssen die Beitrittskandidaten aber die Bedingungen erfüllen, die zur Aufnahme in die EU erforderlich sind. Dazu zählt zum Beispiel, dass Journalisten schreiben können, was sie wollen. Leider stocken die Reformen in der Türkei. Die Presse wird vom Staat kontrolliert, die Justiz ist nicht unabhängig. Deshalb sollten die Verhandlungen mit der Türkei erst mal ausgesetzt werden. Island dagegen ist bereits durch mehrere Abkommen und in den Grundwerten eng mit der EU verflochten. Wenn das Land die Verhandlungen wieder aufnehmen will, würde die FDP das unterstützen.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Zur Türkei: Es muss noch einige Jahre abgewartet werden, ob Demokratie, Wahrung der Menschenrechte, der Schutz von Minderheiten (z. B. Kurden), Pressefreiheit usw. gewährleistet werden. Im positiven Falle sollte einem zügigen Beitritt nichts mehr im Wege stehen. Island hat selbst seinen Beitritt abgelehnt. Es möchte nicht auf Walfang und große Fischfangmengen verzichten und keine Zugeständnisse hinsichtlich Tier- und Umweltschutz machen. Also: Island, nein danke! Vielleicht später einmal!

AUF

Bei Island sehen wir keine Probleme. Wenn seine Wirtschaft sich stabilisiert hat, kann es aufgenommen werden. Einen Beitritt der Türkei lehnen wir konsequent ab. Die Türkei stellt immer wieder unter Beweis, dass sie ein komplett anderes Demokratieverständnis hat und lebt. Ebenso kennt die Türkei keine Religionsfreiheit, fällt immer wieder durch Menschenrechtsverletzungen und Einschränkung der Presse- / Medienfreiheit auf.

Piratenpartei

Die EU-Standards (Kopenhagener Kriterien) müssen im Rahmen möglicher Beitrittsverhandlungen erfüllt werden. Uns sind hier vor allem die Bereiche demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Menschenrechte, Minderheitenschutz und Religionsfreiheit wichtig. Die derzeitigen Entwicklungen der Türkei in Bezug auf Menschen- und Bürgerrechte betrachten wir, ebenso wie die Türkische Piratenpartei, mit Sorge. Für Island sehen wir kein derartiges Problem.

Freie Wähler

Wir FREIEN WÄHLER wollen grundsätzlich allen europäischen Ländern eine Beitrittsperspektive geben, die sich um die Einhaltung der Prinzipien Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bemühen sowie wirtschaftlich ausreichend leistungsfähig sind. Allerdings sind wir in Zeiten einer immer noch anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa für einen vorübergehenden Stopp der Aufnahme weiterer Beitrittskandidaten



12. Wie steht Ihre Partei zum Euro? Abschaffen oder beibehalten?

CDU

Wir wollen den Euro beibehalten. Wenn wir Deutschen nach Frankreich, Italien oder in ein anderes Euro-Land fahren, brauchen wir kein Geld mehr umzutauschen. Für die Unternehmen gilt das auch, wenn sie etwas in den 18 Euro-Ländern kaufen oder verkaufen wollen. Viele Beschäftigte in Deutschland erhalten ihren Lohn von Firmen, die Waren ins EU-Ausland verkaufen. Wenn man jedoch eine gemeinsame Währung hat, muss man auch die gemeinsamen Regeln dafür einhalten.

CSU

Wir möchten den Euro beibehalten. Für Deutschland bringt der Euro viele Vorteile. So hilft er, dass unsere Unternehmen ihre Produkte besser im Ausland verkaufen können. Eine Rückkehr zur D-Mark würde deshalb großen Schaden anrichten. Die Deutschen würden Einkommen und Arbeitsplätze verlieren. Wir achten aber auch darauf, dass der Euro stabil bleibt und nicht durch eine zu hohe Verschuldung in den

Mitgliedsstaaten gefährdet wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE bekennen uns ganz klar zu unserer gemeinsamen Währung dem Euro. Er ist Ausdruck des europäischen Zusammenhalts und bringt wirtschaftliche Vorteile. Aber die derzeitige schwierige Situation, zum Beispiel in Griechenland, Irland, Spanien und Portugal, hat gezeigt, dass die politische Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Währung verbessert werden muss. Außerdem müssen die Finanzmärkte und Banken, die die Krise mit ausgelöst haben, besser reguliert werden.

SPD

Der Euro hat sich als stabile Währung bewährt und trägt maßgeblich zu Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätzen gerade auch in Deutschland bei. Wir wollen ihn in einer starken Zeit stärken. Nur mit internationalen Währungspositionen behaupten.

AUF

Für Länder, die in Schieflage geraten sind, hat sich der Euro eher als Problem erwiesen.

Früher konnten diese Länder ihre eigene Währung abwerten und machten so ihre Waren oder den Tourismus für die stärkeren Länder interessant. So konnten sich Wirtschaft und Währung wieder erholen.

In unseren Augen sollten unterschiedlich starke Länder eigene Landeswährungen haben, damit nicht der Starke ständig gebremst wird und der Schwache immer überfordert wird.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Auf jeden Fall beibehalten. Die gemeinsame Währung trägt zum Zusammenwachsen der Völker Europas bei. Er ist ein Grundpfeiler für ein „Vereintes Europa“, das eines Tages kommen wird. Er gibt den Bürger/innen der EU die Möglichkeit, alle Länder Europas zu bereisen, ohne die lästigen Probleme mit unterschiedlichen Währungen. Die gemeinsame Währung steckt nicht in einer Krise, sondern die Staaten, die zu viele Schulden gemacht haben. An diesem Problem muss gearbeitet werden, dann bleibt der Euro auch stabil.

FDP

Beibehalten! Der Euro ist Symbol für europäische Integration und Solidarität. Er lässt uns Bürger Europa als Verbraucher und Reisende grenzenlos erleben. Der Erhalt und die Stabilität des Euro ist in unserem Interesse, vom Schüler zum Mittelständler und bis zum Großunternehmer.

Piratenpartei

Behalten.

Freie Wähler

Wir stehen zu einem **stabilen** Euro. Die aktuelle unsolide Europapolitik gefährdet jedoch dieses Ziel. Wir stehen zu dem Grundsatz, den die europäischen Staats- und Regierungschefs in Maastricht vereinbarten: Jedes Land haftet für seine Schulden selbst. Wir machen uns für einen Euro stark, der wieder so attraktiv und solide werden muss, dass letztlich alle EU-Länder der Eurozone beitreten wollen.



13. Warum sind junge Menschen für Europa wichtig und was möchte ihre Partei für Jugendliche in Europa leisten?

CDU

In der EU gibt es immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen. Um Wachstum und Wohlstand zu sichern, setzt sich die CDU für ein gutes Bildungssystem ein und unterstützt Programme wie Erasmus +. Mit Erasmus + haben viele junge Menschen die Chance, einen Teil ihrer Ausbildung im EU-Ausland zu verbringen. So können sie ihre Sprachkenntnisse verbessern und gleichzeitig Erfahrungen in anderen Ländern sammeln.

CSU

Die Jugend von heute ist Europas Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, dass die junge Generation in Europa Perspektiven hat, etwa in Form von Ausbildungsplätzen. Sie soll Europa gestalten können und keinen Schuldenberg verwalten müssen. Wir wollen den europäischen Gedanken bei Jugendlichen fördern, indem wir beispielsweise Programme für den Austausch von Schülern, Auszubildenden, Studenten und jungen Arbeitnehmern bewahren und weiter stärken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jugendliche sind die Zukunft Europas. Ihnen wollen wir gute Perspektive geben. Beispielsweise wollen wir den Austausch zwischen Jugendlichen weiter fördern. Dabei spielt das Erasmus-Programm der EU eine ganz wichtige Rolle. Derzeit sind Jugendliche auch häufig durch hohe Arbeitslosigkeit besonders stark von der Krise betroffen. Deshalb haben wir eine Jugendgarantie mit auf den Weg gebracht, die die Staaten verpflichtet, Jugendlichen nach vier Monaten Arbeitslosigkeit, entweder eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz anzubieten.

SPD

Es steht viel auf dem Spiel bei der Europawahl, gerade für junge Menschen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist so hoch wie noch nie, in den besonders hart betroffenen Ländern wie Griechenland und Spanien fehlt für mehr als die Hälfte der jungen Menschen eine Zukunftsperspektive. Für die SPD hat die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oberste Priorität.

AUF

Junge Menschen sind die Zukunft jedes Landes. Jugendliche stärken heißt für uns, ihre Familien stärken.

Wir wollen, dass jeder Mensch überhaupt erst einmal geboren werden darf und dass seine Familie unterstützt wird, wo sie Hilfe braucht. Familien dürfen nicht länger durch ungerechte Steuern und Abgaben ausgebeutet werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Familien selbst bestimmen dürfen, wie sie leben möchten (Stichwort KiTa <-> Mama).

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Wir wollen den jungen Menschen eine Zukunft geben. Gute Schulbildung, Arbeitsplätze, eine intakte Natur, Freiheit und Sicherheit. Dafür müssen aber „jugendfreundliche“ Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört, die kommenden Generationen nicht durch Anhäufung von Staatsschulden zu belasten, denn irgendwann müssen Schulden auch zurückgezahlt werden. Wir wollen auch, dass die jungen Menschen Europas sich näherkommen und eventuelle Vorurteile abbauen.

FDP

Die FDP will einen echten europäischen Arbeitsmarkt, der jungen Menschen die Chance bietet, überall in Europa einen Job zu finden und eine Lebensperspektive zu entwickeln. Daher haben wir uns auch für einen starken Jugendteil im Erasmus+ Förderprogramm von 2014-20 eingesetzt und unterstützen die EU Jugendstrategie. Damit können Schüler einfacher und günstiger an Austauschprogrammen in anderen europäischen Staaten teilnehmen.

Piratenpartei

Junge Menschen können sich die Zukunft am besten vorstellen, sie sind auch von politischen Entscheidungen am längsten betroffen. Ihre Kreativität, Ideen, Werte brauchen wir, um offen für Neues zu bleiben, Europa zu einer Region der Innovationen weiter auszubauen. Wir wollen mehr Bildungsmobilität, freien Zugang zu Wissen und Kultur, Breitband auch in der Provinz und eine bessere Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit modernen Lehrmitteln.

Freie Wähler

Die Jugend ist die Zukunft Europas. Durch das Internet haben Jugendliche schon jetzt Kontakt zu anderen Jugendlichen aus vielen Ländern. Diese Freundschaften müssen gepflegt werden, denn sie stärken auch die Freundschaften der europäischen Länder untereinander. So wächst Europa immer mehr zusammen – mit all den daraus entstehenden Vorteilen und Herausforderungen. Die FREIEN WÄHLER möchten unsere Jugend fit machen für die Herausforderungen in einem großen und bunten Europa. Dazu gehört eine gute Ausbildung, aber auch die Möglichkeit, Europa zu entdecken und zu erleben.



14. Wie steht ihre Partei zur Überwachung von EU-Bürgern aus sicherheitspolitischen Gründen? Vereinheitlichen oder Ländersache bleiben?

CDU

Wir brauchen einen stärkeren Einsatz von Videokameras an Gefahrenbrennpunkten, wie etwa auf Bahnhöfen, damit die Polizei Verbrecher und Terroristen wirksam bekämpfen kann. Nur bei wirklich schweren Verbrechen soll ausnahmsweise auf Telefonverbindungsdaten zugegriffen werden können, aber nur, wenn ein unabhängiger Richter zuvor zugestimmt hat.

Die CDU will, dass möglichst viel Ländersache bleiben soll. Nur wenn Europa etwas besser gestalten kann, wie z. B. die Außenpolitik, dann soll es auch von Europa erledigt werden. Die Verschmutzung der Umwelt oder der Klimawandel machen nicht an den Grenzen halt. Deshalb müssen wir hierbei in Europa zusammenarbeiten. Ob jedoch in jedem Restaurant ein Ölkännchen stehen soll, können die einzelnen Länder besser entscheiden.

CSU

Ein generelles Ausspionieren von Bürgern aus sicherheitspolitischen Gründen lehnen wir ab; den gläsernen Bürger wollen wir nicht. Wenn es um die Verfolgung schwerer Straftaten und Gefahrenabwehr geht, darf es Ermittlungsmaßnahmen nur in engen, gesetzlich geregelten Grenzen geben. Wir setzen uns dafür ein, dass das hohe Datenschutzniveau in Deutschland auch auf europäischer und internationaler Ebene umgesetzt wird.

SPD

Wir wollen ein umfassendes europäisches Regime zum Datenschutz auf hohem Niveau. Deutsche Grundrechtsstandards dürfen hierdurch allerdings nicht verwässert oder in Frage gestellt werden. Wir verlangen, dass Europa seine Bürgerinnen und Bürger und den Schutz ihrer Daten selbstbewusst gegenüber unseren Partnern in der Welt verteidigt, insbesondere gegenüber den USA.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In der Grundrechtecharta der Europäischen Union steht, dass jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht auf Datenschutz und Privatsphäre hat. Das heißt, Bürgerinnen und Bürger müssen vor ständiger Überwachung geschützt werden. Das wollen wir Grüne so lassen. Wir wollen gezielte Ermittlungsarbeit, aber keine flächendeckende Überwachung völlig unverdächtiger Menschen in ganz Europa. Wir fordern deshalb einheitliche Standards für den Schutz unserer Grundrechte, damit ein gemeinschaftliches Miteinander ermöglicht wird.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Die Überwachung aus sicherheitspolitischen Gründen muss in strengen Grenzen gehalten werden. Wir wollen keinen Polizei- und Spitzelstaat, denn wir legen Wert auf persönliche Freiheit. Deshalb darf es nicht sein, dass die Bürger/innen grundlos ständigen Überwachungen ausgesetzt werden. Wenn es notwendig ist (im Fall von Terroristenbedrohung), sollte unserer Meinung nach in allen Mitgliedsstaaten in gleicher Weise vorgegangen werden – also „Vereinheitlichung“.

AUF

Ländersache!

FDP

Offline wie online müssen unsere Grundrechte respektiert und geschützt werden. Unsere Daten sind Privatsache – da hat der Staat nichts zu suchen. Da die Daten nicht an Grenzen halt machen, brauchen wir gemeinsame Datenschutzregeln in Europa. Als Verbraucher muss man sofort erkennen können, was mit den eigenen Daten passiert. Ein europäisches Datenschutzsiegel kann dazu einen Beitrag leisten und Vertrauen schaffen.

Piratenpartei

Die massenweise Sammlung von Daten unschuldiger Menschen bringt nichts, sie verletzt die Privatsphäre – ein Grundrecht – ohne einen wirklichen Mehrwert an Sicherheit zu bringen. Klassische Ermittlungsarbeit wird gleichzeitig vernachlässigt.

Wir möchten einen starken europäischen Datenschutz, der neben dem Schutz privater Daten bei Firmen auch den Schutz vor anlassloser Massenüberwachung etwa durch staatliche Geheimdienste umfasst.

Freie Wähler

Wir FREIEN WÄHLER halten die Überwachung von EU-Bürgern unter bestimmten engen rechtlichen Voraussetzungen für notwendig, um uns vor organisierten Kriminalität und Terrorismus schützen zu können. Dies darf also keineswegs nach „amerikanischem“ Vorbild erfolgen. Europa muss dabei die Rolle des Koordinators zwischen 28 Mitgliedsstaaten übernehmen, während die Überwachung selbst Aufgabe der Länder bleiben muss.



15. Wie sieht ihre Partei die Möglichkeiten der EU sich für die Sicherheit in anderen Ländern wie Ukraine und Syrien einzusetzen?

CDU

Wir wollen keine Soldaten in die Ukraine oder nach Syrien schicken. Wir wollen mit anderen Mitteln helfen. Als erstes mit Gesprächen. Daneben brauchen wir wirtschaftliche Hilfe für die Ukraine. Sobald in Syrien die Waffen schweigen, können wir auch dort Hilfe leisten. So gab es in Syrien bereits zwei Treffen der Bürgerkriegsparteien. Immerhin konnten die gefährlichen Chemiewaffen eingesammelt werden.

CSU

In der Außenpolitik muss die EU ein starker Akteur sein, der zur Friedenssicherung in der Welt beiträgt. Europa muss bereit stehen, wenn sein Beitrag zur Lösung von Krisen und Konflikten erforderlich ist. Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktlösung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die EU sollte beim eigenen Handeln die Menschenrechte einhalten, beispielsweise Flüchtlinge aufnehmen und keine Waffen an Diktatoren verkaufen. Sie kann mit Finanzhilfen und fairem Handel ärmeren Ländern helfen. In Krisen hat sie insbesondere als starke Wirtschaftsmacht die Möglichkeit Druck auszuüben und diplomatische Lösungen zu vermitteln. Die EU kann auch Sanktionen oder Einreiseverbote gegen Kriegstreiber und korrupte Regime verhängen. Wir wollen die zivilen Friedensfähigkeiten der EU stärken und setzen uns für die Gründung eines Europäischen Friedensinstituts ein.

SPD

Im Sinne unserer sozialdemokratischen Friedenspolitik wollen wir, dass sich Europa vor allem durch zivile und diplomatische Mittel sowie durch die Entwicklungszusammenarbeit international engagiert. In einer immer stärker globalisierten Welt kann Europa die Probleme in anderen Teilen der Welt nicht ignorieren. Deshalb muss die gemeinsame Außenpolitik Europas weiter gestärkt werden.

AUF

Hier sehen wir die Uno stärker in der Pflicht. Ebenso müssen Länder wie die Ukraine die Möglichkeit haben sich der Nato anzuschließen.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Natürlich muss die EU Verantwortung übernehmen, wenn in anderen Ländern Menschen misshandelt, getötet oder ihrer Bürgerrechte beraubt werden. Die EU sollte durch harte Wirtschaftssanktionen reagieren; der Einsatz von militärischen Mitteln sollte nur die allerletzte Option sein und nur dann, wenn in einem Land ein Völkermord begangen wird. Die EU kann Vorkehrungen für den Frieden treffen, indem sie verbietet, dass Waffen aus Europa in „Krisenländer“ verkauft werden. Frieden schaffen – ohne Waffen!

FDP

Nirgends ist die EU sich so uneinig wie beim Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Um bei Krisen, wie die in der Ukraine und in Syrien, etwas zu bewegen, muss die EU aber mit einer Stimme sprechen. Nur wenn wir in globalen Fragen geeint auftreten, wird die europäische Stimme Gewicht erlangen. Nur wenn es uns gelingt, in den strittigen Fragen im passenden Moment eine europäische Antwort zu geben, wird man die EU als Friedensmacht ernst nehmen.

Piratenpartei

Wir sind der Meinung, dass die europäische Außen- und Sicherheitspolitik den Menschen und Bürgerrechten verpflichtet sein muss und diese auch über die Interessen einzelner Mitgliedsstaaten stellt. Eine aktive gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Sinne von Militäreinsätzen lehnen wir zur Zeit ab, da es hier klar an Transparenz und demokratischer Kontrolle fehlt.

Freie Wähler

Europa braucht mehr Einigkeit in der Außenpolitik, um als Gestalter der internationalen Sicherheitspolitik wahrgenommen zu werden und eigene Akzente zu setzen. Es muss ein europäisches Interesse sein, bei innerstaatlichen Umbrüchen wie in der Ukraine oder bei Bürgerkriegen unweit unserer EU-Außengrenzen gemeinsam Position zu beziehen und geschlossen der Verantwortung Europas in der internationalen Politik gerecht zu werden.



16. Was möchte Ihre Partei tun, um der steigenden Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der EU entgegenzuwirken?

CDU

Während Deutschland die geringste Jugendarbeitslosigkeit in der EU hat, haben junge Menschen in den Krisenländern in Südeuropa wenig Chancen auf einen Job. Wir wollen diese jungen Menschen nicht im Stich lassen. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, dass jeder Jugendliche ein Ausbildungsangebot erhält. Daneben unterstützen wir andere EU-Länder dabei, die erfolgreiche duale Ausbildung in Schule und Betrieb einzuführen.

CSU

Europa darf die jungen Menschen, die wegen der Krise keine Arbeit finden, nicht im Stich lassen. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die Fördermittel der Europäischen Union stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die Arbeitsplätze schaffen. Das gilt ganz besonders für Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Krisenländern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die steigende Jugendarbeitslosigkeit ist eine der schlimmsten Folgen der Wirtschaftskrise in Europa. Hier muss endlich gehandelt werden. Deshalb haben wir Grüne eine Jugendgarantie mit auf den Weg gebracht, die die Staaten verpflichtet, Jugendlichen nach vier Monaten Arbeitslosigkeit, entweder eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz anzubieten. Außerdem fordern wir die EU-Mitgliedsstaaten auf, Maßnahmen im Bereich Jugend und Beschäftigung rechtlich zu verankern. Junge Menschen sollen in diese Entscheidungen mit einbezogen werden. Das Europäische Parlament sollte die Fortschritte überwachen, damit wir diese Jugendgarantie auch verwirklichen.

SPD

Unser Ziel: In fünf Jahren soll es 30 Prozent weniger Jugendliche ohne Arbeit geben.

Dafür brauchen wir Geld und gute Pläne. Zum Beispiel die Jugendgarantie:

Alle jungen Menschen ohne Arbeit bekommen innerhalb von vier Monaten ein gutes Angebot für eine Arbeitsstelle, eine Ausbildung oder ein Praktikum.

AUF

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, werden zum Beispiel in Deutschland dringend Jugendliche in vielen Ausbildungsberufen benötigt.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Die EU gibt jedes Jahr viel Geld für unsinnige Projekte aus – z. B. zahlt sie riesige Summen als Subventionen für die Massentierhaltung, für Tierversuche, für den Verkauf von Nahrungsmitteln ins Ausland (sogenannte Exportbeihilfen), für Pleite-Banken usw. Wenn die EU in diesen Bereichen spart, hätte sie das Geld, um für junge Menschen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie sollte auch Geld in gute Schulbildung investieren, denn wer eine gute Ausbildung hatte, findet auch leichter einen guten Arbeitsplatz.

FDP

Das von den europäischen Regierungschefs verabschiedete 6-Milliarden-Euro-Paket fand die FDP immer als kurzfristige Maßnahme gut. Angesichts der vielen Probleme ist das aber nicht ausreichend. Natürlich muss in die Qualifizierung und (Aus-)Bildung investiert werden. Allerdings suchen auch viele sehr gut qualifizierte Absolventen eine Arbeit. Diese Jobs können nur durch die Wirtschaft geschaffen werden, nicht aber durch mehr Geld vom Staat. Deshalb müssen wir alles tun, um die Wirtschaft in Südeuropa wieder in den Gang zu bekommen. Deutschland ist mit seiner dualen Ausbildung für Viele ein Vorbild. Deshalb wollen wir den Austausch von Erfahrung in diesem Bereich unter den Mitgliedstaaten fördern.

Piratenpartei

Jugendarbeitslosigkeit wollen wir durch ein Gesamtkonzept aus Bildung, sinnvoller Infrastruktur und einem Programm zur Förderung einer modernen Wirtschaft bekämpfen. Wir sehen Chancen durch die Entwicklung flexiblerer Arbeitszeitmodelle, einen Ausbau der Infrastruktur zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Geschäftsmodelle, die den Anforderungen der digitalen Gesellschaft Rechnung tragen, sowie einer Unterstützung der Mobilität innerhalb der EU.

Freie Wähler

Uns geht es darum, überall in Europa eine gute Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Deshalb helfen wir den anderen EU-Staaten dahingehend, dass wir unser gutes Konzept der dualen Ausbildung bereitstellen. Dual heißt diese Ausbildung deshalb, weil die Ausbildung der jungen Menschen sowohl in der Berufsschule als auch praxisnah im Betrieb stattfindet. Wir sind überzeugt davon, wenn auch andere Länder dies so praktizieren, dass die Jugendarbeitslosigkeit sinken wird.



17. Unterstützt ihre Partei den Vorschlag, arbeitslosen jungen Menschen die Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen, auch wenn das weiter ansteigende Schulden in den einzelnen EU-Ländern bedeutet?

CDU

Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen in Bildung, darunter bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für junge arbeitslose Menschen, gehören aus Sicht der CDU zusammen. Ansonsten wird es vor allem den Krisenländern nicht gelingen, ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Daher ist es gut, dass die EU-Staaten den eingeschlagenen Reformweg in jeder Hinsicht einhalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Jugend Europas sieht sich tagtäglich mit den Folgen der Krise konfrontiert, die sie nicht verschuldet hat. Wir müssen jetzt handeln und der Jugend Perspektiven aufzeigen. Deshalb ist es wichtig, die Jugendgarantie zu finanzieren, damit sie erfolgreich umgesetzt werden kann – auch wenn das Geld kostet. Die Jugendgarantie ist ein neues Konzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Alle jungen Menschen unter 25 Jahren sollen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein konkretes und qualitativ hochwertiges Angebot erhalten. Dieses Angebot – eine Arbeitsstelle, ein Ausbildungsplatz, ein Praktikum oder eine Fortbildung – sollte auf die persönliche Situation und die Bedürfnisse der Person abgestimmt sein.

Die Europäische Union kann jetzt beweisen, dass ihr das Wohl junger Menschen in Europa ein echtes Anliegen ist.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Ja, unbedingt! Die Aus- und Weiterbildung junger Menschen ist wichtig für die Zukunft Europas. Hier darf nicht gespart werden! Es gibt andere Bereiche, in denen tatsächlich gespart werden muss und kann – z. B. bei den Ausgaben für das Militär, die fast in allen Staaten der EU viel zu hoch sind, viel höher als die Ausgaben für Bildung, Gesundheit, oder beispielsweise Umweltschutz. Wer an der Bildung spart, möchte ein dummes Volk, das leichter zu regieren ist. Wir sagen dazu: Nein, nicht mit uns!

Piratenpartei

Das einzige was noch teurer ist als Bildung ist keine Bildung. Langfristig ist Bildung immer eine Investition in das Gemeinwohl und zahlt sich immer um ein Mehrfaches aus. Nicht ausreichend in Bildung zu investieren, kostet Zukunftschancen – nicht nur für jeden einzelnen Menschen sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes. Dafür sind auch zeitweise Schulden vertretbar.

CSU

Eine qualifizierte Ausbildung von Jugendlichen ist ein Schlüssel im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Wir wollen es Jugendlichen aus anderen Mitgliedstaaten erleichtern, ihre Berufsausbildung in Deutschland zu absolvieren. Außerdem sollen auch Jugendliche in anderen Mitgliedstaaten von den großen Chancen der dualen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule profitieren können. Hier wollen wir die guten Erfahrungen in Deutschland weitergeben.

SPD

Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit muss oberste Priorität der EU sein. Deshalb ist es auch wichtig, dass die EU noch stärker als bisher die Mitgliedstaaten dabei unterstützt, die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Die auf sozialdemokratische Initiative hin vereinbarten europäischen Mittel von 6 Milliarden im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen nötigenfalls aufgestockt werden.

AUF

Die Länderübergreifende Ausbildung muss nicht zwangsläufig zu einer ansteigenden Staatsverschuldung des einzelnen EU Landes führen. Ja, wir unterstützen diese Möglichkeit.

FDP

Das von den europäischen Regierungschefs verabschiedete 6-Milliarden-Euro-Paket fand die FDP immer als kurzfristige Maßnahme gut. Angesichts der vielen Probleme ist das aber nicht ausreichend. Natürlich muss in die Qualifizierung und (Aus-)Bildung investiert werden. Allerdings suchen auch viele sehr gut qualifizierte Absolventen eine Arbeit. Diese Jobs können nur durch die Wirtschaft geschaffen werden, nicht aber durch mehr Geld vom Staat. Deshalb müssen wir alles tun, um die Wirtschaft in Südeuropa wieder in den Gang zu bekommen. Deutschland ist mit seiner dualen Ausbildung für Viele ein Vorbild. Deshalb wollen wir den Austausch von Erfahrung in diesem Bereich unter den Mitgliedstaaten fördern.

Freie Wähler

Wir halten eine sinnvolle Aus- und Weiterbildung für besonders wichtig, damit junge Menschen schnell wieder einen passenden Job finden. Dies ist aus unserer Sicht eine gute Investition, da die Menschen so wieder einen Vollzeitjob erreichen können und der Staat im Gegenzug die Unterstützung über Sozialleistungen einspart.



18. Wie sieht ihre Partei die Möglichkeiten für junge Menschen, die z. B. aus Bulgarien und Rumänien in die EU einwandern, hier zu arbeiten?

CDU

EU-Arbeitnehmer haben seit den 1960-er Jahren das Recht, in einem anderen Mitgliedstaat zu arbeiten. Seit dem 1. Januar 2014 gilt dies auch für Rumänien und Bulgarien. Allerdings haben Menschen aus anderen EU-Staaten keinen Anspruch auf einen Arbeitsplatz in Deutschland. Sie brauchen einen Arbeitgeber, der sie beschäftigt.

CSU

Die CSU steht zur Freizügigkeit von Arbeitnehmern in der EU. Junge Menschen aus anderen EU-Ländern wie Bulgarien und Rumänien können deshalb schon jetzt in Deutschland leben und arbeiten. Wir wollen aber keine Zuwanderung in die Sozialsysteme. So sollte es für arbeitslose Zuwanderer aus dem EU-Ausland nicht schon ab dem Beginn ihres Aufenthalts in Deutschland Sozialhilfe geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die EU ermöglicht es, dass viele europäische Menschen in Deutschland leben und arbeiten können. Wir sehen das als eine Bereicherung unseres gesellschaftlichen Lebens. Seit dem 1. Januar 2014 können nun auch RumänInnen und BulgarInnen eine Arbeitserlaubnis in Deutschland erhalten. Auch diese wollen wir willkommen heißen. Das bedeutet, ihnen Sprachkurse sowie Bildungs-, Teilhabe- und Arbeitsmöglichkeiten anzubieten. Die Freizügigkeit ist ein zentraler europäischer Wert, der nicht nur für Waren, Güter und Dienstleistungen, sondern auch für Menschen innerhalb der Europäischen Union gilt.

SPD

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein Grundprinzip der europäischen Einigung. Sie gilt selbstverständlich auch für junge Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Viele junge Menschen, die aus diesen Ländern bisher nach Deutschland oder in andere EU-Staaten eingewandert sind, sind gut qualifizierte Fachkräfte, die von Unternehmen vielfach gebraucht werden.

AUF

Bulgarien und Rumänien sind seit 2007 Mitglieder der EU. Für alle Mitgliedsländer müssen die gleichen Rechte und Pflichten gelten. Es darf keine Mitgliedschaften erster und zweiter Klasse geben.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Die Möglichkeiten für junge Menschen aus Bulgarien oder Rumänien in Deutschland zu arbeiten, scheitern meist, weil die Jugendlichen oft keine gute Ausbildung in ihrem Heimatland erhalten haben und auch keine Fremdsprache sprechen. Um den jungen Menschen zu helfen, sollte die EU als ersten Schritt Gelder bereitstellen, damit in diesen Ländern die Schulbildung besser wird. Deutschland sollte jedes Jahr eine bestimmte Anzahl von Ausbildungsplätzen für Jugendliche aus armen Ländern bereitstellen.

FDP

Der EU-Binnenmarkt schafft Chancen für Arbeitnehmer, Studenten, Auszubildende und Schüler auch aus diesen Ländern. Die FDP macht sich stark für die Mobilität innerhalb Europas. Junge Menschen aus Krisenländern können so einen Arbeitsplatz erhalten und zugleich kann der Fachkräftemangel in einigen Branchen in Deutschland behoben werden. Hierbei soll die Nationalität keine Rolle spielen, sondern die Qualifikation, die Sprachkenntnisse und der Wille zur Integration in die Gesellschaft.

Piratenpartei

Junge Menschen aus Rumänien und Bulgarien wandern nicht in die EU ein, sie sind bereits Teil der EU. Sie können in andere EU Mitgliedsländer umziehen, wie Arbeitssuchende anderer EU Länder auch. Es fehlt jedoch an einem diskriminierungsfreien Arbeitsmarkt, u. a. hier in Deutschland. Wir setzen uns für den Abbau von Diskriminierung in Abhängigkeit auch der Herkunftsländer ein. Vielfalt ist ein Schatz, der Europa bereichert.

Freie Wähler

Da Bulgarien und Rumänien bereits Teil der EU sind, dürfen die Staatsangehörigen im Rahmen der Freizügigkeit bereits jetzt in Deutschland arbeiten. Aufgrund des demographischen Wandels und des aufziehenden Fachkräftemangels bleiben viele Lehrstellen in Deutschland unbesetzt. Deutschland ist daher auch in Zukunft auf eine geregelte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland angewiesen.



19. Was tut ihre Partei dafür, dass Abschlüsse europaweit anerkannt werden – egal aus welchem Land man kommt?

CDU

Die CDU will, dass noch mehr Menschen die Chancen des europaweiten Arbeitsmarktes nutzen. Das gelingt mit einer besseren Vermittlung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen. Außerdem wollen wir erreichen, dass Bildungsabschlüsse leichter übertragbar sind. Der Fremdsprachenunterricht muss ausgebaut werden. Wichtig sind der CDU auch mehr gemeinsame Studiengänge zwischen deutschen Hochschulen und europäischen Partner-Hochschulen.

CSU

Zuletzt hat das Europaparlament im Herbst 2013 das Anerkennungsverfahren für bestimmte Berufe vereinfacht. Wir wollen die europaweite Anerkennung von Berufsabschlüssen weiter verbessern und gleichzeitig die hohen Qualitätsstandards des deutschen Ausbildungssystems erhalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE haben uns stark für eine Erneuerung der Berufsankennungsrichtlinie in Europa eingesetzt. Dadurch wird in vielen Berufen die Anerkennung von Berufsabschlüssen künftig mit Hilfe eines elektronischen Zertifikats, dem sogenannten "Europäischen Berufsausweis", unbürokratischer und einfacher gestaltet werden. Außerdem setzen wir uns für eine flächendeckende Nachqualifizierungsstruktur ein. Was kompliziert klingt, ermöglicht es, den von Fachkräften im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen gerecht zu werden.

SPD

Eine verbesserte Anerkennung von erworbenen Berufsabschlüssen kann ein wichtiger Beitrag zum Zusammenwachsen und zur wirtschaftlichen Entwicklung Europas sein. Dabei darf es aber nicht um eine Harmonisierung auf niedrigem Niveau gehen. Stattdessen muss es Ziel sein, gemeinsame Schritte hin zu einer in allen EU-Ländern möglichst hochwertigen qualifizierten Berufsausbildung zu gehen.

AUF

Solange es unterschiedliche Bildungsstandards gibt, sehen wir keine Möglichkeit für die Anerkennung gleicher Abschlüsse.

Der Schlüssel für die europaweite Anerkennung der Abschlüsse liegt also darin, gleiche Bildungsstandards zu schaffen.

FDP

Ein europäischer Binnen- und Arbeitsmarkt kann nur funktionieren, wenn gleichwertige Abschlüsse gegenseitig anerkannt werden. Die automatische Anerkennung gilt aufgrund eines neuen EU-Gesetzes immerhin schon für Ärzte, Krankenschwestern, Hebammen, Apotheker, Tierärzte und Architekten. In anderen Bereichen müssen wir zu schnelleren Anerkennungen und teilweise zu Nachqualifizierung kommen.

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Experten haben einen sog. Qualifikationsrahmen (also bestimmte Anforderungen, die für alle gelten) festgelegt und streben an, dass er EU-weit angewendet wird. Notwendig ist, dass diesem Qualifikationsrahmen auch alle Länder zustimmen, damit die Schul- und Studienabschlüsse in allen Mitgliedstaaten anerkannt werden können. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass dies möglichst rasch geschieht und dass die Anforderungen nicht zu hoch sind, denn „nachlernen“ kann jeder Mensch. Jedem eine zweite Chance geben.

Piratenpartei

Wir setzen uns dafür ein, berufliche Erfahrungen und besondere Fähigkeiten aus anderen Ländern durch geeignete Maßnahmen anzuerkennen, etwa durch eine Prüfung vor Industrie- und Handelskammern. Wir wollen diskriminierungsfreie Prüfinhalte, die interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit wertschätzen. Es muss Lernen in der EU möglich sein, ihre Bildungslaufbahn in unterschiedlichen Ländern fortzusetzen, ohne Nachteile zu befürchten.

Freie Wähler

Wir setzen uns dafür ein, dass es europaweit vergleichbare Standards auf den Zeugnissen gibt. Dafür haben sich die EU-Länder bereits zusammengesetzt und sich über vergleichbare Kompetenzen ausgetauscht. Die Ergebnisse wurden im so genannten Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) aufgeschrieben und nun in einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) umgesetzt. Diesen Weg halten wir für richtig, aber wir achten auch sehr darauf, dass unsere vielfältigen Ausbildungsberufe auch so eingestuft werden, dass die Fähigkeiten stimmen.



Kontakt

U18-Koordinierungsstelle Berlin

c /o Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin

Stiftung SPI

GB Stadtentwicklung

Karin Bremer, Diana Föls

Brückenstraße 6a

10179 Berlin

Telefon: +49 (0)30 49300190

E-Mail: berlin@u18.org

U18 Europa bundesweit

c /o Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.

Meike Achtel

Schleinufer 14

39104 Magdeburg

Tel: +49 (0)391 535 394 80

E-Mail: europa@u18.org